

Bundestag:

Berlin nicht von der deutschen Frage trennen

Neuneinhalbstündige Debatte über die Regierungserklärung

Von unserem Korrespondenten

W.W. Bonn. Der Berliner Regierende Bürgermeister Brandt hat sich mit Nachdruck gegen den Gedanken ausgesprochen, die bisherige Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik durch einen Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Westberlin zu ersetzen, Brandt, der Hauptredner der SPD in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung, wies darauf hin, daß die Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik im Grundgesetz verankert sei. Um diese Verbindung zu lösen, wäre eine Verfassungsänderung notwendig, für die es im Bundestag keine Mehrheit geben würde. Die maßgeblichen Sprecher aller drei Parteien waren sich

darin einig, daß eine vom Deutschland-Problem abgetrennte Berlin-Lösung abgelehnt werden müsse.

Die Debatte wurde bereits nach knapp neuneinhalb Stunden Dauer beendet. Weder der Bundeskanzler noch die Minister ergriffen das Wort. Im Gegensatz zu früher wurden an Adenauer auch keine direkten Fragen gestellt. Im allgemeinen verlief die Debatte sachlich und nüchtern. Bei den innenpolitischen Themen klappten die Gegensätze zwischen Regierung und Opposition wieder auf; weniger kraß waren die Meinungsverschiedenheiten über die Außenpolitik.

Das Berlin-Problem war im ersten Teil der Bundestags-

debatte das Hauptthema. Aber es traten dabei keine bedeutenden Meinungsverschiedenheiten auf. Brandt, der am Vormittag eine längere Unterredung mit Bundeskanzler Adenauer gehabt hatte, wich von seinen Stellungnahmen in den letzten Tagen ab und sprach sich nicht ausdrücklich gegen isolierte Berlin-Verhandlungen mit den Sowjets aus. Er betonte nur, daß der Standpunkt, es könne keine isolierte Berlin-Lösung geben, auch in Zukunft richtig bleibe.

Um so mehr fiel es auf, daß der neue Fraktionsführer der CDU/CSU, von Brentano, die Bundesregierung, der er bis vor kurzem selbst angehört hat, dringend bat, auch bei kommen-

Fortsetzung auf Seite 2



Weihnachtsbaum an der Oberbaumbrücke.

Botschaft an Zonenbischöfe

Weltkirchenkonferenz prangert „Gewaltmethoden jeder Art“ an

Neu Delhi (epd/dpa). Am letzten Tag ihres Kongresses in Neu Delhi hat sich die Vollversammlung der Weltkirchenkonferenz nachdrücklich gegen „Gewaltmethoden jeder Art“ gewandt. Die Mitgliedskirchen wurden gewarnt, „mit einem Staat in der Absicht zusammen zu arbeiten, das menschliche Gewissen zu vergewaltigen oder ein Zwangssystem zu errichten oder aufrechtzuerhalten“.

Unmittelbar vor Beendigung des Kongresses billigten die Delegierten eine Grußbotschaft

an die zehn Delegierten aus Mitteldeutschland, denen Pankow die Reise nach Indien verboten hatte. Die Botschaft war vom anglikanischen Bischof von York, Dr. Coggan, eingebracht und ohne Debatte angenommen worden. In der Botschaft werden Bischof Krummacker (Greifswald) und Präses Kreyszig (Magdeburg) namentlich erwähnt. Die Ökumene drückt ihre „Bekümmernung“ darüber aus, daß diesen Kirchenführern eine Teilnahme an der Konferenz unmöglich war.

Gebet und Opfer über die Mauer

Papstfeier: Treuebekenntnis zur Einheit der katholischen Kirche

Berlin (Eigenber.). Ein Treuebekenntnis zur Einheit der Kirche stand im Mittelpunkt einer Papstfeier des Bistums Berlin, die aus Anlaß des 80. Geburtstag des Johannes' XXIII. in der Deutschlandhalle stattfand. An der Veranstaltung nahmen annähernd 10 000 Gläubige aus allen Gemeinden Westberlins teil.

Im Blick auf die geteilte Stadt Berlin und das in seiner Einheit bedrohte Berliner Bistum unterstrich der Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Fürst zu Löwenstein, die Aufgabe Berlins,

ein Wahrzeichen der freien Welt zu sein, besser gesagt: des wahrhaft Menschlichen. Fürst zu Löwenstein rief den 10 000 Gläubigen zu: „So hoch kann man Mauern nicht bauen, daß Gebet und Opfer sie nicht übersteigen könnten.“

Generalvikar Adolph rief den Berliner Katholiken zu: „Gewiß gibt es für uns jetzt Schwierigkeiten und Belastungen, die wir früher nicht kannten. Aber nicht einen Augenblick ist dadurch unser Weg unsicher geworden, den wir als Erlöste in der Heilsgemeinde Jesu Christi zu gehen haben.“

Berlin nicht von der deutschen Frage trennen

Fortsetzung von Seite 1

den Verhandlungen deutlich zu machen, daß das Berlin-Problem nach wie vor ein Teil der deutschen Frage sei, weil eine isolierte Berlin-Lösung praktisch die Errichtung eines dritten, selbständigen Teiles Deutschlands bedeuten würde.

„Die Mauer muß weg!“

Die Sprecher aller Fraktionen geißelten das Vorgehen der Kommunisten in Berlin seit dem 13. August und forderten die Beseitigung der Mauer. „Wir fordern die Beseitigung der Rechtsbrüche seit dem 13. August“, rief Brandt aus, „die Mauer muß

weg. Sie bleibt eine ständige Provokation.“ Der Berliner Bürgermeister warnte die Welt, daß die Geduld des deutschen Volkes eines Tages ein Ende haben könne. Brentano kritisierte die UNO, die sich mit dem Unrecht in allen Teilen der Welt beschäftige, nur nicht mit dem Unrecht in Deutschland. Der FDP-Vorsitzende Dr. Mende verlangte die Wiederherstellung des Viermächtestatus von Groß-Berlin und kündigte Initiativen in der Deutschland-Frage an.

Gradl: Gefährliche Worte

Der Berliner CDU-Abgeordnete Gradl wandte sich direkt an Brandt und sagte, es sei ein gefährliches Wort, von der gescheiterten Wiedervereinigungspolitik zu sprechen. Es sei ge-

fährlich, weil es die Menschermutlos mache und weil es falsch sei. Zu den besonderen Fragen Berlins sagte Gradl, auf die verschiedenen Spekulationen sollte man auch nicht theoretisch eingehen. Es müsse klargestellt werden, daß die politische Verbundenheit mit der Bundesrepublik zur Lebensfähigkeit Berlins ebenso gehöre wie die wirtschaftliche und rechtliche Verbundenheit. Das Bekenntnis der Berliner zur Zusammengehörigkeit mit dem Bund könne man nicht einfach hinwegfegen. Zur Frage isolierter Berlin-Verhandlungen sagte Gradl, es gehe jetzt um die aktuelle Entspannung und um eine Basis für spätere Verhandlungen über weitreichende Fragen.

Ollenhauer: Informiert werden

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer beschloß die Debatte. Er bedauerte, daß sich die Regierung nicht an der Aussprache beteiligt habe, versicherte, daß die SPD bei den internationalen Verhandlungen den Wunsch, die Regierung respektiere, öffentliche Debatten zu vermeiden, äußerte aber den dringenden Wunsch, in den Ausschüssen voll informiert zu werden und bei den endgültigen Entscheidungen mitzuwirken.

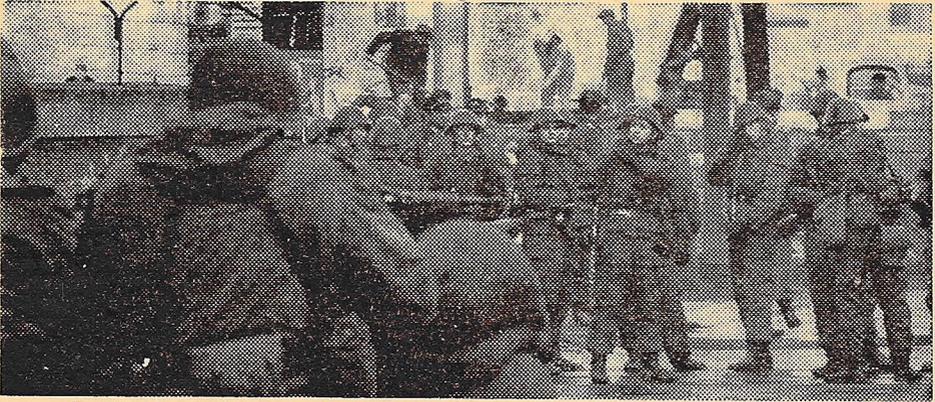
Lemmer: Trotzdem schicken

Bonn (upi/ap). Bundesminister Lemmer hat die Bevölkerung der Bundesrepublik aufgerufen, trotz der neuen Schikanen der SED gegen den Paketverkehr auch in Zukunft Päckchen und Pakete in die Sowjetzone zu schicken. Die Bundesregierung hat scharf gegen die neuen Bestimmungen der Sowjetzonenbehörden protestiert und sie als eine verwerfliche Bemühung gekennzeichnet, die Isolierung der Zone ohne Rücksicht auf die Lage der Bevölkerung voranzutreiben.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichthofen-Str. 2

Unter Bewachung der Volksarmee weiter geschantzt

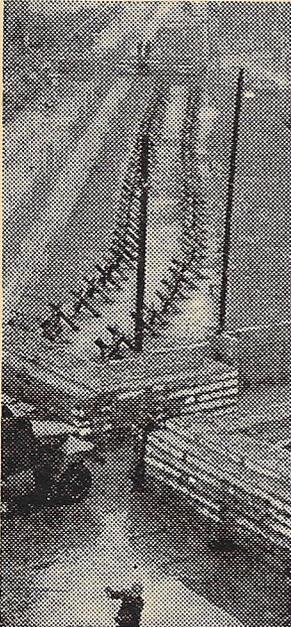
Übergänge nur noch 2,50 m breit — Tore für Fußgänger



Am Übergang Friedrichstraße: Amerikanische Soldaten (links im Vordergrund) schützen Westberliner Gebiet gegen Volksarmisten.

Berlin (Eigenbericht).

In dem windigen Stück Friedrichstraße, zwischen dem die Sektorengrenze darstellenden



Der Sektorenübergang Heinrich-Heine-Straße gleicht jetzt einem mittelalterlichen Festungstor.

weißen Strich und der Leipziger Straße, flattern rote Fahnen. Der „festliche Anlaß ist diesmal kein Staatsfeiertag“, sondern die Fertigstellung neuer Grenzhindernisse quer durch unsere Stadt. Frisch und feucht ist noch der Beton zwischen den vorgefertigten Bauelementen, aus denen „nach bewährtem Muster“ wie am Brandenburger Tor „Supermauern“ als massive Panzerhindernisse jenseits der Schandmauer des 13. August errichtet wurden.

Front gen Ostsektor

Die schwerbewaffneten Volksarmisten hatten auch Front gegenüber dem Ostsektor gemacht. Praktisch ist jetzt nur noch eine 2,50 Meter breite Durchfahrt an den befestigten Übergangsstellen für den Kraftfahrzeugverkehr frei.

In der Friedrichstraße hat sich der Zickzackkurs für die ausländischen und Diplomatenfahrzeuge verkürzt. Außer der Mauer wurden vor allem beiderseits der Straßen weitere Panzersperren aus zerschnittenen und wieder zusammengeschnittenen Schienen im Erdboden verankert. Für die Fußgänger wurde in den neuen Sperrn zusätzlich eine schmale Lücke ausgespart.

Auf westlicher Seite rief das Erscheinen von mehreren hundert mit Schnellfeuerwaffen und feldmarschmäßiger Ausrüstung

ausgestatteter „Volksarmisten“ und Vopos ebenfalls Aktivität hervor. Die Westberliner Polizei wurde verstärkt, und die Amerikaner schickten etwa 50 ebenfalls feldmarschmäßig ausgerüstete Soldaten an diejenigen Stellen der Sektorengrenze, an denen die Kommunisten arbeiteten.

Viele Tausende von Berlinern und Berlin-Besuchern hatten sich jedoch an den vorsorglich von Westberliner Seite gezogenen Absperrungen eingefunden und beobachteten das feberhafte Treiben der Kommunisten, die natürlich wieder nicht auf aggressive Plakate, Spruchbänder und Fahnen verzichten konnten.

Mielke las Fahndung

„Prominentester“ Besucher der Mauer auf Ostberliner Seite war der wegen Mordes an zwei Polizeioffizieren im Jahre 1981 gesuchte berüchtigte Erich Mielke. Er konnte dabei seinen eigenen Steckbrief auf Westberliner Seite lesen.

Gleichzeitig mit den Panzersperren werden an der Zonen- und Sektorengrenze weitere Drähte in Bodennähe gezogen, die bei Berührung einen Klingelalarm auslösen. Auch an anderer Stelle entlang der Zonen- und Sektorengrenze gehen die Ausbauarbeiten an den Zäunen, Mauern und anderen Hindernissen immer noch weiter.

E. B.

Fluchzug noch mit Taxi erreicht

Die Fahrt in die Freiheit gelang durch Mut, Umsicht und Glück

Berlin (upi). Eine abenteuerliche Flucht gelang 25 Sowjetzonenbewohnern über die Grenze zum Westberliner Bezirk Spandau. Mit einem Personenzug fuhren sie über die aus Richtung Hamburg kommende Fernbahnstrecke zwischen Albrechtshof (Sowjetzone) und dem Verschiebebahnhof Spandau-West ohne Schwierigkeiten nach Westberlin.

★

Selbst im Notaufnahmелager Marienfelde, das schon so manchen abenteuerlichen Fluchtbericht gehört hat, erregten die Schilderungen der 25 Flüchtlinge Aufsehen.

Dem Lokomotivführer Harry Deterling ist es zu danken, daß die schon seit einiger Zeit geplante Flucht überhaupt noch gelang. Ursprünglich wollte die Gruppe nämlich zwischen Weihnachten und Neujahr das gefährliche Unternehmen wagen. Deterling hatte aber vor einigen Tagen erfahren, daß die Zonenbehörden gerade das Gleisstück zwischen Oranienburg und Spandau abzureißen gedachten, das sie benutzen wollten. (Wie recht er damit hatte, zeigt übrigens die jetzt bekanntgewordene Tatsache, daß der Interzonenzug von Hamburg Mittwoch bereits über den schwer befestigten Grenzübergang Griebnitzsee im Süden Berlins umgeleitet wurde.) Als der Lokführer gestern morgen sagte: „Es war unsere letzte Chance, dem Ulbricht-KZ zu entfliehen“, wußte er selbst noch nicht, daß wenig später seine Worte bestätigt würden.

Die treibenden Kräfte des Unternehmens, der 29 Jahre alte Lokführer sowie sein 10 Jahre jüngerer Heizer, haben offenbar sehr geschickt die mehrtagigen Vorbereitungen getroffen. Ursprünglich sollte der Zug auf der Station Albrechtshof halten und dann wieder zurückfahren. Mit erheblicher Geschwindigkeit raste er jedoch weiter, an den verblüfften Grenzpolizisten vorbei, in den Westberliner Ortsteil Spandau West. Nach einigen Kilometern brachten die Flüchtlinge den Zug zum Stehen. Tatsächlich hatte der Zugbegleiter vergeblich versucht, die Notbremse zu ziehen, die von Deterling vorsorglich außer Betrieb gesetzt worden war.

Nach einem Schlag Erbsen mit Speck bei der Spandauer Polizei fuhren die überglücklichen Flüchtlinge dann auf

Mannschaftswagen in das Notaufnahmелager Marienfelde.

Insgesamt waren sechs verschiedene Haushalte und eine Familie aus dem Südosten Berlins in die Fluchtpläne eingeweiht gewesen. An der ohnehin dramatischen Flucht war der Weg dieser vier aber zweifellos noch am aufregendsten. Sie waren bis zur fahrplanmäßigen Abfahrt des Zuges nicht mehr rechtzeitig in Oranienburg ein-

getroffen und rasten deswegen mit einem Taxi dem Zug hinterher, den sie erst bei seinem letzten Halt auf dem Bahnhof Falkensee erreichten.

Auch das Wiedersehen eines 17-jährigen Mädchens mit seinen bereits am 13. August nach Spandau geflohenen Eltern stellt innerhalb dieser Flucht noch ein dramatisches Einzelschicksal dar. Sie hatten alle schon die Hoffnung auf ein Wiedersehen aufgegeben, als plötzlich bei den Eltern der Anruf der Tochter aus der Polizeinspektion ankam. Lediglich drei Uniformierte im Zug, ein Trapo, ein Grenzpolizist und ein Angehöriger des Amtes für Zoll und Warenkontrolle, machten sich im Schutz der Dunkelheit wieder aus dem Staube, als sie erfuhren, daß sie in Westberlin seien. E. B.

Aus 25 m Höhe ins Sprungtuch

Einem 21jährigen Mann und einem 18jährigen Mädchen gelang in der Nacht eine außergewöhnliche Flucht. Die beiden sprangen vom Dach eines vierstöckigen Grenzhauses in das Sprungtuch der Westberliner Feuerwehr.

Die Flüchtlinge hatten sich vor Mitternacht an den Grenzposten vorbei in das Haus geschlichen und waren auf das Dach gestiegen. Nachdem sie das Stacheldrahthindernis auf dem Dach überwunden hatten, warfen sie Stücke von Dachziegeln auf die tief unter ihnen liegende Westberliner Straße und machten dadurch Westberliner Polizeigrenzposten aufmerksam. Die kurz darauf eintreffende Feuerwehr leuchtete das Sprungtuch mit den Scheinwerfern eines ihrer Einsatzfahrzeuge an. Dann wagten die beiden nacheinander den Sprung aus 25 Meter Höhe. Die Feuerwehr brachte das Paar sofort ins Krankenhaus.

★

Auf einen Westberliner Zollbeamten, der den Vopos zurief, sie sollten nicht schießen, wurden von den kommunistischen Grenzposten zwei Schüsse abgegeben.

★

Amerikanische Militärpolizisten haben zwei sowjetische

Militärwagen in Westberlin für einige Zeit festgehalten. Zwei US-Militärpolizeiwagen nahmen am Ausländerübergang Friedrichstraße einen sowjetischen Personenwagen in ihre Mitte und klemmten ihn für etwa 45 Minuten ein. Die sowjetischen Wagen, in denen sowjetische Offiziere und Soldaten saßen, konnten nach ihrem „Zwangsaufenthalt“ die Fahrt in das Innere Westberlins fortsetzen.

Rusk: Niemals „Freie Stadt“

Washington (ap/dpa). „Es besteht nicht die geringste Aussicht, daß wir dem Ostblock eine Freie Stadt Berlin in dem von den Sowjets diskutierten Sinn anbieten werden“, erklärte US-Außenminister Rusk in einem Fernsehinterview. Die Freiheit der Westberliner Bevölkerung nannte er von lebenswichtiger Bedeutung „für uns alle“; diese Freiheit werde in vollem Umfang geschützt werden.